Nr. 293 • Ausgabe B Nr. 133
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 293

Abend-Ausgabe

Montag, 30. Juni 19
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Berliner Verkehrsstreik beschlossen.

90 Prozent Stimmenmehrheit.

Die Vertrauensleute und die Arbeiterausschüsse der Großen Berliner Verkehrsunternehmungen hatten heute vormittag die entscheidende Zusammenkunft, um das Resultat der Urabstimmung auf den einzelnen Betriebsstellen über die Streikfrage entgegenzunehmen. Um 12 Uhr mittags konnte das Ergebnis verkündet werden. Die Abstimmung hatte eine Majorität von 90 Prozent für den Eintritt in den Streik ergeben. Im Hinblick darauf wurde die Arbeitsniederlegung als beschlossen angenommen und der Beginn des Streiks auf heute abend nach Betriebsschluß festgesetzt, so daß morgen früh der Verkehr wieder einmal vollständig unterbunden sein wird. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 22 000. Sie umfaßt auch die technischen und kaufmännischen Angestellten aller Berliner Verkehrsunternehmungen. Es liegt leider auch die Gefahr vor, daß die Stadt- und Ringbahn, die augenblicklich nur einen sehr mäßigen Zugverkehr aufweist, aus rein technischen Gründen ihren Betrieb einstellen wird.

Wie vom Arbeiterrat der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn mitgeteilt wird, hat die Auszählung ergeben, daß rund 90 Prozent für die Stillegung des Betriebes gestimmt haben. — Bekanntlich haben die Verkehrsangestellten sich auch an die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke gewandt, um diese zu einem Sympathiestreik zu veranlassen. Es besteht aber in diesen Werken kaum die Neigung, die für die Bevölkerung Groß-Berlins so notwendige Stromerzeugung zu unterbrechen. — Bei der Hochbahngesellschaft lautete die Abstimmung — soweit die Resultate schon vorlagen — mit Mehrheit für Eintritt in den Streik. (Siehe auch Seite 3.)

Die Hamburger Unruhen.

General Lettow-Vorbeck Reichskommissar für Hamburg.

(Von unserem Korrespondenten.)

K. Hamburg, 29. Juni.

Ein sehr trauriges Kapitel Hamburger Revolutionsgeschichte liegt hinter uns, traurig wegen der zahlreichen Blutopfer, die diese Aufruhrwoche forderte, traurig durch die häßlichen Aeußerungen einer zügellosen Volksleidenschaft, aber noch trauriger fast im Hinblick auf das völlige Versagen aller der Faktoren des hamburgischen Staatswesens, die berufen gewesen wären, nach dem Vorbild großer staatsmännischer Vorgänger in ihren Aemtern mit größter Energie, aber auch mit der Weisheit und dem Weitblick eines wirklichen Staatsmannes die sich gefahrvoll entwickelnden Vorgänge in die Hand zu bekommen und in eine vernünftige Bahn zu lenken.

Wie kam es?

Am Montag, dem 23. Juni, wurde das an sich schon abscheuliche Kellerlokal, in dem sich die Heilsche „Sülzenfabrik" befand, von einer Menge gestürmt, die mit vollem Recht über die Ekelhaftigkeit dieser Fabrikation und darüber, daß so etwas trotz behördlicher Aufsicht möglich war, in helle Empörung geriet und ebenso mit vollem Recht, nachdem sie mit den üblen Beweismitteln der Schweinereien vor das Rathaus gezogen war, vom Senat als der verantwortlichen Regierung ein ganz rücksichtsloses Einschreiten gegen diese oder ähnliche Betriebe forderte. Man sperrte das Rathaus ab und ließ die Menge ungehindert Lynchjustiz üben. Weiter geschah nichts, gar nichts, außer daß die Besetzung des Rathauses verstärkt wurde. Am Dienstag nahm die Menge immer erregter, auch durch die Gleichgültigkeit der berufenen Behörden, ihre Volksjustiz in breiterem Umfange auf. Wieder wurden „Sülzefabriken" und andere Lebensmittelbetriebe „überholt", viele Menschen mißhandelt und gegen Abend die Leiter des Blindenheims in schimpflichem Aufzug zum Rathausmarkt gebracht. Wieder geschah nicht das geringste zur Beruhigung der aufgeregten Volksmassen. Nun kam es, als eine Abteilung des Bahrenfelder Freiwilligen-Bataillons unter persönlichem Oberbefehl des Kommandanten Lampl in das Rathaus zu dessen Verteidigung einzog, auf dem Rathausmarkt zu den ersten blutigen Schießereien, die nun sehr rasch einen grauenhaften Umfang annahmen. Es zeigte sich, daß in der Bevölkerung zahlreiche Gewehre und reichlich Munition vorhanden war. Am Mittwoch mittag stürmte dann, unter Bruch des abgeschlossenen Waffenstillstandes, die wütende Menge von hinterrücks das Rathaus, brachte die zusammengestellten Waffen der Freiwilligen an sich, und begann nun die wahrhaft bestialischen, durch nichts zu entschuldigenden Mißhandlungen und Quälereien der in Todesangst vor ihnen Peinigern fliehenden Bahrenfelder, die doch lediglich ihre Pflicht in durchaus ehrenhafter Weise erfüllt hatten.

Damit hatte die Volkswut am Mittwoch abend ihren Siedepunkt überschritten, allmählich kehrte wenigstens teilweise etwas Besinnung in die Massen zurück. Und nun war es — das muß ohne weiteres rückhaltlos anerkannt werden — einzig und allein die straff organisierte Arbeiterschaft, die plötzlich und fest mit einem Schlage, mit überraschender Umsicht die Wiederherstellung der Ordnung in die Hand nahm. Es trat Ruhe ein in Hamburg, und Besonnenheit einer zwar auf der Straße unsichtbaren, in ihrer Wirksamkeit aber sehr wohl erfreulich fühlbaren Oberleitung hält die Zügel fest in der Hand. Vorläufig wenigstens, solange diese in ihrer inneren Konstruktion heterogene, aus einander feindselig gegenüber stehenden Elementen zusammengesetzte Oberleitung eine geschlossene Einheit bleibt.

Wo blieben die amtlichen Regierungsorgane in dieser Zeit?

Es ist gestern viel hierüber geredet worden in der Bürgerschaftssitzung, und ein Senator hat den Senat verteidigt, der nicht anders habe handeln können. Was hatte denn der Senat, dem der Zugang zum Rathaus von Dienstag ab unmöglich war, unternommen? Nun, er hat am Donnerstag einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt und es für unrichtig erklärt wird, daß die Gewalt auf die Betriebsräte übergegangen sei, und er hat um die Hilfe der Reichswehrtruppen in Berlin gebeten.

Was aber hat der Senat nicht getan? Er hat nicht der mit gutem Recht sein Einschreiten in der Heilschen Skandalaffäre fordernden, erregten, aber damals gewiß noch lenkbaren Volksmenge so rasch und so nachdrücklich wie möglich die beruhigende Versicherung gegeben, daß alles nur Erdenkliche unverzüglich geschehen werde, um eine solche Gefährdung der Volksgesundheit ein für allemal ganz unmöglich zu machen, im Falle Heil und in allen anderen Fällen. Er hat nicht zur rechten Zeit der Staatsanwaltschaft Anweisung gegeben, gegen Wucherer, Schieber und Lebensmittelfälscher ganz rücksichtslos und unerbittlich nach jeder Möglichkeit mit der Schärfe des Gesetzes vorzugehen.

Und was geschieht nun, um für die Zukunft die Sicherheit Hamburgs auf eine bessere Grundlage zu stellen? Der Senat hat in dieser Hinsicht noch keine sichtbaren Schritte unternommen, wohl aber hat die Deutsche demokratische Partei die Initiative ergriffen durch einen Antrag in der Bürgerschaft, der auf eine völlig durchgreifende Neuorganisation von Polizei und Volkswehr in gemeinsamer Organisation hinzielt und der wohl auch bei den Mehrheitssozialisten den erforderlichen Anklang finden wird.

General v. Lettow-Vorbeck hat heute die ersten zwei Verordnungen mit seinem Namen erlassen. Die erste teilt mit, daß mit dem Belagerungszustand die Vollzugsgewalt auf ihn übergegangen ist. Die zweite bringt noch verschärfende Bestimmungen auf Grund des Belagerungszustandes. Danach ist der Straßenverkehr von abends 10 Uhr bis morgens 4 Uhr verboten. Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Solche in geschlossenen Räumen bedürfen der Genehmigung. Zusammenrottungen sind verboten. Bei Absperrungen ist ein Zwischenraum von 200 Metern vor den Absperrposten völlig frei zu halten.

General v. Lettow-Vorbeck ist vom Reichswehrminister für die Zeit der Durchführung der über Hamburg verhängten Reichsexekutive **zum Reichskommissar ernannt.**

Die Volkswehr ist für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow beurlaubt. Die Einwohnerwehr darf vorläufig bewaffnet nicht auf der Straße erscheinen, außer der Einwohnerwehr in Wandsbek.

Es wird angenommen, daß der erneute Einmarsch der Reichswehrtruppen morgen, Dienstag, erfolgt, aber in ganz anderer Weise, als das beim ersten Einmarschversuch der Fall war, bei dem kleine Abteilungen und einzelne Leute mitten in der Volksmenge allen gütlichen und drohenden Verlockungen zur Desertation und Waffenabgabe ausgesetzt waren.

Nachdem vorgestern der Bahrenfelder Stadtteil nach Waffen durchsucht worden war, kam heute früh St. Pauli-Süd an die Reihe. Der Bezirk wurde bis an das Altonaer Grenzgebiet abgesperrt und die Hauptstraßen mit Drahtverhauen gesichert. Die Volkswehr hat viele Waffen und zahlreiche Munition weggenommen.

Die Zufuhr amerikanischer Lebensmittel hat wieder begonnen. Gestern abend kam unter englischer Flagge der Dampfer „Franziska" aus New-York in den Hafen ein, während heute der Kreuzer „Coventry" eintraf.

Die Uebergabe der deutschen Ostgebiete an Polen.

Ernennung von Staatskommissaren für die Uebergabe.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist die Abtrennung des größten Teils von Westpreußen und Posen von Deutschland und ihre Eingliederung in den polnischen Staat grundsätzlich anerkannt worden. Die Folgerungen aus diesen erzwungenen Zugeständnissen müssen gezogen werden. Indessen bleibt im Osten zunächst noch alles beim alten; die im Februar festgelegte Linie wird auch während der nächsten Wochen von beiden Teilen anerkannt werden müssen, und die preußischen Behörden versehen in den der Abtretung verfallenen Gebieten weiter ihre Funktionen. Ebenso wird das deutsche Militär noch die Grenzen besetzt halten. Man darf erwarten, daß auch die polnischen Bewohner ähnliche Uebergriffe, wie sie leider gestern in Bromberg sich ereignet haben, zu vermeiden wissen werden, da sonst die Auseinandersetzung sich bedenklich zuspitzen müßte. Falls es nicht zu Zwischenfällen kommen sollte, wird sich der Uebergang aus der deutschen in die polnische Hand erst vollziehen, wenn der Friedensvertrag ratifiziert und daraufhin ein allgemeines Einvernehmen zwischen beiden Vertragsbeteiligten erzielt sein wird. Das dürfte in drei bis vier Wochen der Fall sein. Dann erst wird die Uebergabe der deutschen Verwaltung und des staatlichen Eigentums an die polnische Regierung erfolgen. Für den preußischen Staat dürften die bisherigen Oberpräsidenten Schnackenburg und v. Bülow als Staatskommissare mit außerordentlichen Vollmachten ernannt werden, um bei diesem Hoheitswechsel die deutschen und preußischen Interessen zu vertreten.

Das Fest Frankreichs.

Im Spiegelsaal von Versailles.

Von [Nachdruck verboten.]
Paul Block,
Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatt"
in Versailles.

Vor einigen Tagen schilderte der in Deutschlan weilende Berichterstatter des „Temps" die Nüchternheit un Stimmungslosigkeit der Nationalversammlung in Weima Vielleicht hatte er in einigem, was er sagte, recht. Die Ze der großen Männer ist in Deutschland noch nicht gekomme und vergebens blieb der Versuch, die deutsche Nationalve sammlung von 1919 mit der französischen zu vergleichen, di am 13. Februar 1871 in Bordeaux stattfand, und in de Persönlichkeiten wie Thiers, Victor Hugo, Gambetta ihre Einfluß auf das tief verwundete französische Volk auszuüb vermochten.

Jedoch wenn der „Temps" die Vergleiche liebt, wie di häufigen Parallelen zwischen 1870 und 1919 in den Le artikeln seiner letzten Nummern zeigen: weshalb vergleicht e mit den großen geschichtlichen Staatsaktionen Frankreich nicht auch das neueste Ruhmesschauspiel der nun wiede „großen Nation", das alle Erinnerungen übertreffen und i allen französischen Herzen die neu erstandene Herrlichkei wieder aufflammen lassen sollte? Im Spiegelsaal vo Versailles, wo Deutschlands neue Geschichte begann, sollt sie nun auch enden. Monate vorher war der Ort für den Ab schluß des größten aller Völkerkämpfe bestimmt und die Pres Frankreichs hatte dafür gesorgt, die Bedeutung des Tages un der Zeremonie jedem ins Bewußtsein zu hämmern. Ei Prunkschauspiel sollte dieser Tag werden, wie es die Welt noc nicht gesehen; in seiner unvergleichlichen Größe erhebend fü das siegreiche Frankreich, niederdrückend und demütigen für das unterlegene Deutschland. Der Ministerpräsiden Georges Clemenceau selbst hatte es nicht für überflüssig gehalten, sich um die Aeußerlichkeiten zu bemühen, die richtige Teppiche auszusuchen und das Empiretintenfaß, das sich i den Stil nicht fügte, durch ein anderes aus der Zeit Ludwig des Vierzehnten ersetzen zu lassen. Er hatte der Freude seine Herzens über den Tag, den er seit 48 Jahren ersehnte, Wor verliehen und sogar mit bissigen Witzen nicht gespart. Als e zusammen mit Lloyd George und dem Präsidenten Wilson auf den Balkon trat, von dem aus am 6. Oktober 1793 di Königin Marie Antoinette angstvoll auf die Stimmen de heulend heranziehenden Volkes von Paris lauschte, das di Gekrönten zum Gericht holen wollte, hatte er die Situation mi gutem Gedächtnis erläutert und sarkastisch lächelnd zu Wilson gesagt: „Sie sind Marie Antoinette". Wer weiß, ob das Wort nicht prophetisch wird. Das Volk von Amerika schick seine Beherrscher nicht auf die Guillotine, aber es kann sie, wenn es mit ihnen unzufrieden ist, nach Hause schicken . . .

Endlich war alles bereit, mit Aubusson-Teppichen und Goldstühlen und dem ganzen großen Zeremoniell, an dem Minister, Künstler und Polizisten gearbeitet haben. Das Opfer war zur Stelle, das Schlachtfest konnte beginnen. Und nachdem die Kanonen gedröhnt hatten und das Militär aufmarschiert war, geschah es, daß diese Krönung des französischen Sieges eine französische Niederlage wurde. Niemals ist bei so gewaltiger Gelegenheit so großer Aufwand so unnütz vertan worden. Niemals wurde die Stimmung einer tragischen Stunde so in Leere, Nüchterne und Groteske verkehrt. Schon die Länge des Saals war dem Eindruck ungünstig. An den beiden Querseiten die Eingeladenen und die Vertreter der Presse. Und dazwischen in einem abgeteilten und durch republikanische Garden behüteten Raum die vielen Sieger und der eine Besiegte. Es war zu weit, die Gesichter zu erkennen und da die Zuschauer die Runde der Gewaltigen nur von schräg rückwärts erblicken konnten, schwand jede Majestät des Eindrucks. Clemenceau, der im Profil nicht günstig wirkt, verdeckte mit seiner gedrungenen Greisengestalt den jovialen Kopf von Lloyd George. Und Wilsons glattrasiertes Gesicht verschwand in der Masse der Bärte aller Art, die zur Rechten und zur Linken von ihm in unabsehbarer Reihe auftauchten. Wunderbar, daß es dem feinen Stilgefühl der Franzosen entgehen konnte, wie lächerlich diese Fülle von Siegesgreisen gegenüber den bescheidenen Herren Müller und Bell wirken mußte. Sie hätten sonst sicherlich die Zeremonie in einen anderen Raum verlegt, der vielleicht geschichtlich weniger merkwürdig, aber für die Bildwirkung geeigneter gewesen wäre.

Nun aber kam, was kommen mußte. Das Publikum, das erschienen war, um das Schauspiel zu sehen, langweilte sich und begann, sich auf seine eigene Art zu amüsieren. Junge Damen kletterten mit der Hilfe hübscher Offiziere auf die Vorsprünge der Säulen und balancierten dort wie Rokoko-Schäferinnen in weißen und rosigen Unterröckchen mit durchbrochenen Strümpfen. Zwei Bänke vor mir zog ein sorgsamer Familienvater eine Büchse mit Sandwiches aus dem Futtersack seiner Madame, breitete ein weißes Taschentuch über den roten Samt der Bank und begann zu frühstücken. Einige Dutzend Kodaks aller Formate wurden von amerikanischen Offizieren und amerikanischen Damen, beide zu Paar, geschwungen und die Stellungen, in denen die Aufnahmen erfolgen mußten, damit wenigstens ein berühmtes Haupt auf die Platte käme, waren zum Teil ebenso aufregend wie belustigend. **In der**

ks am Fenster hatte sich ein Maler zwischen zwei Säulen kleumt; ein Jüngling hielt neben ihm, zitternd in die Tiefe hauend, den Farbenkasten, und der treffliche Raphael pinlte darauf los, obgleich er sicher nicht viel mehr gesehen aben kann, als einige Hundert gelangweilte Gesichter. „Sitzen! itzen!" riefen die Huissiers, aber kein Mensch dachte daran, eser Mahnung zum Respekt vor der Handlung zu folgen. on einer Bank zur andern turnten die Neugierigen hinüber, n Japaner wehte sich bei dieser Akrobatenleistung mit eißem Fächer Kühlung zu, und in zwanzig Sprachen wurde zischelt, geflüstert und auch ganz ungeniert laut gefragt: Wo ist Wilson?" Ja, wo war Wilson? Das war nicht so icht herauszufinden. Aber die junge hübsche Kanadierin an einer Seite hatte ihn endlich doch erwischt, hob den Kodak elend über den Kopf und folgte der Ermunterung ihres Beleiters, der ihr freudig bewegt zurief: „Nun pack ihn fest, arry!"

Zwischen so vergnüglichen Bildern erschienen auch einige, eren gleichen in Weimar gewiß nicht zu sehen gewesen ist nd die einigermaßen befremdend wirkten. Eine dicke Dame n gestreiften Kleide holte mit gepumpten Karten allmählich ne ganze Anzahl niedlicher und freundlicher junger Damen den geheiligten Raum, der außer den Gewaltigen drei arschälle Frankreichs und die Tochter Deroulèdes umschloß. n den Sälen vor der Spiegelgalerie wurde ein schwungvoller andel mit Briefmarken und Postkarten betrieben, auf die ein efälliger Soldatden Stempel mit der historischen Stundedrückte. em Armen muß die Hand wehe getan haben, denn ringsum uf den historischen Sesseln saßen die Menschen zu Dutzenden, ckten Briefmarken und klebten sie auf Postkarten, weiße lätter, Visitenkarten, Einlaßkarten und die weißen Papierhnitzel des Abfalls verbreiteten sich auf dem Boden wie etwas hmutzige Blütenblätter. Eine seltsame Manier, dem Sieger lumen zu streuen!

Auf diesem Jahrmarkt der Eitelkeiten wanderten alle mher, die in Paris immer dabei sein müssen, wenn etwas s ist, beim Grand Prix ebenso wie bei dem Ruhmesfest rankreichs. Da war Arthur Meyer mit den jetzt weiß ewordenen Bartkoteletttes, da ging Alfred Capus herum, der ünfzehn Jahre früher aus diesem Erleben einen glänzenden ustspielakt geformt hätte — vielleicht mit der finnreichen Anpielung eines seiner Titel: „Qui perd, gagne!", die für die ukunft etwas bedeuten könnte — da war uch Maurice Barrès mit der langen Nase und dem elancholischen Gesicht, wahrhaftig auch an diesem Tag seines" Sieges melancholisch!

Verschwunden war bei uns Deutschen, als wir dies alles ahen, im Nu die brennnende Scham, die wir empfunden atten, als wir durch drängendes Volk an die Stätte nserer Schande geführt wurden. Nur eines noch fürchteten vir, die Minuten der Unterschrift. Aber als auch sie vorüber ingen und der sozialistische Minister Hermann Müller nit ruhiger Würde seinen Namen unter das Dokument setzte, icht mit den goldenen Federn von Elsaß-Lothringen, sondern nit seinem eigenen Füllfederhalter, da wußten wir eines: ie Demütigung war mißlungen. Nüchternheit nd Vergnügungssinn hatten die Tragik der Geschichte in der vichtigsten Stunde verstummen gemacht.

* * *

Die deutsche Friedensdelegation wieder in Berlin.

Berlin, 30. Juni. (W. T. B.)

Die deutsche Friedensdelegation, die am Sonnabend Uhr Versailles im Sonderzug verlassen hatte, ist heute nacht egen 4 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Reichsminister Bell verließ den Sonderzug in lberfeld, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller etzte die Reise bis Berlin fort. Der Zug wurde von einem französischen, englischen und italienischen Offizier bis Ohligs begleitet. Am Bahnhof Noissy-le-roi verabschiedete sich kurz vor der Abfahrt er Präfekt des Seine-et-Oise-Departements sowie der Oberst Henry on den beiden Ministern. Die Fahrt verlief ohne Zwischenfall, edoch wurden die Insassen des Speisewagens kurz vor Compiègne urch einen kleinen Knall aufgeschreckt. Es konnte nicht festgestellt verden, ob es sich um einen Stein oder um einen Feuerwerkskörper andelte, der von der feiernden Volksmenge ins offene Fenster des Speisewagens geschleudert worden war.

Oberst Henry hat bei Dutasta angefragt, ob die Deutschen sich frei in den Straßen bewegen dürfen. Die Antwort ist noch nicht erfolgt. Der freie Verkehr wird aber um die Hotels, die von den Deutschen bewohnt werden, rasch wiederhergestellt sein.

Paris, 29. Juni. (Reuter.)

Gesandter v. Haniel reist morgen früh zusammen mit 30 Mitgliedern der Delegation ab. Freiherr v. Lersner und ungefähr 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

Abreise der deutschen Waffenstillstandskommission aus Spaa.

Die „P. P. N." erfahren von der Waffenstillstandskommission: Die Mehrzahl der Mitglieder der deutschen Kommission in Spaa verläßt am 30. Juni abends die Stadt und kehrt nach Berlin zurück, wo die Hauptabwicklung der Geschäfte vor sich gehen soll. Nur General Freiherr v. Hammerstein, der Vorsitzende der deutschen Kommission, bleibt noch mit einigen Beamten zur Erledigung der Geschäfte in Spaa zurück. Der englische Vorsitzende, General Haking, ist bereits von Spaa abgereist. General Nudant, der französische Vorsitzende, dürfte ihm wahrscheinlich am 30. Juni folgen. Die vorläufige Weiterführung der sich aus der bisherigen Tätigkeit der Waffenstillstandskommission in Spaa ergebenden Arbeiten werden die in Frankfurt und Wiesbaden bestehenden deutschen und alliierten Unterkommissionen übernehmen.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" feststellt, sind die Meldungen verschiedener Blätter, wonach Reichsminister Erzberger einen Erholungsurlaub in die Schweiz angetreten hat, unrichtig. Minister Erzberger befindet sich in Berlin, widmet seine gesamte Zeit der Arbeit an den Steuervorlagen, die er vor der Nationalversammlung persönlich vertreten wird. Er denkt nicht daran, sich den Anforderungen zu entziehen, welche die Pflichten des Reichsfinanzministers und des Vizepräsidenten des Reichsministeriums an ihn stellen.

Die türkische Friedensdelegation von Paris wieder fortgeschickt.

(Telegramm.)

Paris, 29. Juni. (W. T. B.)

Clemenceau richtete am 28. Juni ein Schreiben an die türkische Delegation, in dem er mitteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der türkischen Delegation für die der Friedenskonferenz unterbreiteten Mitteilungen dankten. Diese Mitteilungen seien sorgfältig erwogen worden. Da sie jedoch internationale Fragen aufwarfen und eine sofortige Beschlußfassung leider unmöglich sei, seien die alliierten und assoziierten Mächte in der Anschauung, daß eine Verzögerung unvermeidlich ist, der Ansicht, daß durch die Verlängerung des Aufenthalts der Delegation zurzeit in Paris nichts gewonnen werde. Die alliierten und assoziierten Regierungen würden jedoch nicht versäumen, sich sofort mit der türkischen Regierung zu weiterem Gedankenaustausch in Verbindung zu setzen, und versprechen sich davon günstige Ergebnisse.

Lloyd George in London.

(Telegramm.)

London, 29. Juni. (W. T. B.)

Lloyd George und die Friedensdelegierten sind heute abend in London eingetroffen und auf dem Bahnhofe vom König und den Mitgliedern des Kabinetts begrüßt worden. In Downing Street hielt Lloyd George eine Ansprache an die Menge, in der er das Volk aufforderte, sich des Sieges nicht im Geiste der Prahlerei, sondern im Geiste der Ehrfurcht zu erfreuen.

Stockholm, 30. Juni. (W. T. B.)

„Svenska Dagbladet" schreibt unter der Ueberschrift „Vor den Spiegeln in Versailles": „Ein ungeheurer französischer Triumph wurde am Samstag in der Spiegelgalerie von Versailles besiegelt. Bismarcks ernste Herrscherpersönlichkeit wurde dort durch Clemenceaus weit weniger geniale, aber zweifellos auch kräftige Diktatorengestalt ersetzt. Alles Menschenwerk ist vergänglich, und vieles von Bismarcks äußerer Schöpfung war kurzlebiger als irgend jemand glauben konnte, aber ebenso wie er ein mächtiges Produkt des deutschen Stammes war, so hat er in die Seele seines Volkes Kräfte gelegt, die nicht durch Gewalt ausgetilgt werden können, sondern auf die sich die Zukunft aufbauen wird. In dem deutschen Wesen hat er einen Schatz von politischer Gesundheit und Festigkeit geschaffen, welcher das deutsche Volk und die deutsche Reichseinheit durch die gefährliche Krankheitskrise der Gegenwart hindurchretten wird. Clemenceaus Gewaltfriede hat viel geringere Aussichten auf Bestand als der deutsche, der vor bald einem halben Jahrhundert in Versailles geschlossen wurde. Das deutsche Volk wird das Todesurteil von Versailles mit Leichtigkeit überleben, und seine Ehre wird davon nicht berührt."

*

Brest, 29. Juni. (Reuter.)

Wilson ist nach New-York abgefahren.

Peter Carp †

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Bern, 30. Juni.

In Tribanesti ist, wie jetzt erst bekannt wird, der rumänische Staatsmann Peter Carp am 22. Juni im Alter von 82 Jahren gestorben. Er war am 29. Juni 1837 in Jassy geboren worden und betätigte stets warme Sympathien für Deutschland. Er widersetzte sich auch der Kriegserklärung Rumäniens an die Zentralmächte, drang aber mit seiner Ansicht nicht durch.

*

In Deutschland wird man Peter Carp, als dem charaktervollsten aller rumänischen Staatsmänner, ein gutes Andenken bewahren. Wie er schon früher als Minister des Aeußern, und von 1911 an auch als Ministerpräsident aus Ueberzeugung die auf den engen Anschluß an den Dreibund gerichtete Politik mitgemacht hatte, wich er auch in den kritischen Tagen nach Ausbruch des Weltkrieges keinen Augenblick von dieser Haltung ab. Mit dem König wurde er in der historischen Kronratssitzung im Herbst 1914, die über das Verharren Rumäniens in der Neutralität entschied, überstimmt. Auch weiterhin blieben seine Bemühungen gegenüber der Politik Bratianus und Take Jonescus, die zwei Jahre später das Land in den Krieg gegen die Mittelmächte führte, ergebnislos. Nach der militärischen Katastrophe Rumäniens schien dem großen Staatsmann eine neue führende Rolle beschieden zu sein; aber das Schlachtglück auf dem französischen Kriegsschauplatz entschied dann doch zugunsten der Politik Bratianus — der heute von Klagen über die Undankbarkeit der Entente überfließt.

Denikins Vormarsch auf Charkow.

Amsterdam, 30. Juni. (W. T. B.)

„Daily Chronicle" meldet, daß die Armee des Generals Denikin auf einer Front von 900 Meilen zwischen dem Kaspischen Meer und der Krim an allen Stellen Fortschritte macht. Die Bolschewisten haben etwa 50 Meilen nördlich Charkow geräumt. Der Fall von Charkow steht unmittelbar bevor. Denikin hat Plograd erreicht, und der Vormarsch dieses Flügels bedroht die bolschewistischen Verbindungen mit der Krim. Die Bolschewisten haben Feodosia in aller Eile geräumt.

Fünfzehn Bahrenfelder Freiwillige ermordet?

Die „P. P. N." melden: Durch den Verrat der Hamburger Volkswehr, die zu einem erheblichen Teil zu den Aufständischen übergegangen ist, sind auch die Bahrenfelder Freiwilligen, die einzige zuverlässige Truppe in Hamburg, die sich aus Studenten und Offizieren rekrutierte, in eine bedrängte Lage gekommen und haben fünfzehn Gefangene verloren. Diese fünfzehn Gefangenen wurden in ein Hotel abgeführt. Seit der Zeit hat man nichts mehr von ihnen gehört. Es ist leider zu befürchten, daß sie dem Hafengesindel gegen den Willen der unabhängigen und kommunistischen Führer zum Opfer gefallen sind, die selbst eifrig bemüht sind, die Vermißten ausfindig zu machen, um Lettow-Vorbeck einen Vorwand zum Einmarsch zu nehmen.

Lettow-Vorbeck würde auch einmarschieren, wenn die Vermißten, um deren Schicksal man in Hamburg bangt, gefunden würden. Denn die größte Hafenstadt Deutschlands, die zugleich Lageplatz für die Tschecho-Slowakei ist, kann nicht Tummelplatz wilder Leidenschaften sein und außerhalb der Souveränität der Regierung stehen. (Vgl. Seite 1.)

Sozialistische Künstler.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Stahl.

Eine neu gegründete „Genossenschaft sozialistischer Künstler" stellt in der städtischen Handwerkerschule in der Kurfürstenstraße graphische Blätter aus. Sie glaubt, daß diese Arbeiten besonders geeignet seien, in den Schulstuben unserer Kinder oder in den Wohnungen des Volkes zu hängen.

Gegen diese Genossenschaft und diese Ausstellung ist viel einzuwenden, und es darf und wird nichts davon verschwiegen werden, gerade weil in dem Unternehmen, das in recht fragwürdiger Gestalt auftritt, doch wohl ein guter Kern steckt. In solchen Fällen kann nur scharfe Kritik fördern. Der Parteigenosse, der glaubt, dem sozialistischen Etikett ein lauwarmes und inhaltloses Lob schuldig zu sein, schadet der Sache.

Eine Gruppe von Künstlern auf Grund ihres politischen Glaubensbekenntnisses zu bilden, ist eine Idee, die man keineswegs als glücklich bezeichnen kann. Und wenn es ein Bekenntnis zu der einflußreichsten Partei ist, so macht das die Sache gewiß nicht besser. Mit einer entwaffnenden Naivität hat der Redner bei der Eröffnungsfeier gesagt: „Durch die Genossenschaft sollen künstlerische und geistige Kräfte für Arbeiten mobil werden, die in einem sozialistischen Staat genug vorhanden sind, und die uns sozialistischen Künstlern zuerst zukommen." Nein! Diese Arbeiten kommen immer den besten Künstlern zu. Es ist gewiß unter dem alten Regime schwer gefehlt worden, aber daß man nach politischer Gesinnungstüchtigkeit gefragt hätte, ist doch niemals behauptet worden, und es hat keinen „Verein königstreuer Künstler" gegeben. Wir würden glauben, einen schlechten Tausch gemacht zu haben, wenn die Forderung der Genossenschaft anerkannt würde.

Zum Glück ist von politischen Absichten in den ausgestellten Arbeiten nichts zu spüren. Leider aber auch kaum etwas von der Absicht, dem Volk künstlerische Arbeiten leichter erlangbar zu machen. Nur Heinrich Vogeler hat die Preise für seine Radierungen so niedrig angesetzt, daß sie wirklich in die Stube des Arbeiters wandern können. Die anderen Blätter werden dadurch etwas billiger, daß die Genossenschaft sich mit einem geringen Aufschlag begnügt und begnügen kann, weil sie die Räume umsonst erhält. Manche Bilder, farbige Zeichnungen besonders, müssen geradezu als teuer, und teuer nicht nur für diesen Zweck, bezeichnet werden.

Geeignete Blätter für die Schule finden sich in dieser ersten Ausstellung noch gar nicht. Es fehlt ja nicht daran. Seit unserer Ausstellung: „Die Kunst im Leben des Kindes" hat der Verlag Teubner und Voigtländer seine farbigen Steindrucke geschaffen, die weit verbreitet sind, und von denen viele ihrem Zweck gut dienen. Es bleibt neben ihnen noch Platz für anderes, natürlich. Aber es ist da künstlerisch und wirtschaftlich eine Aufgabe zu lösen, die keineswegs leicht ist.

Und das führt auf die Frage, was diese Genossenschaft zu tun hätte, um die ideale Absicht, zu der sie sich bekennt, zu erfüllen.

Sie müßte zuerst ihren Egoismus aufgeben, der Ansprüche erhebt, für die politische Gesinnung durch künstlerische Aufträge belohnt zu werden. Sie müßte aufhören, sich sozialistisch zu nennen, und dagegen Wert darauf legen, sozialistisch zu wirken. Es werden dann sehr viele mittun, die jetzt fernbleiben.

Was das heißt: sozialistisch wirken? Das läßt sich vielleicht so formulieren. Diese Künstler stellen sich wieder in das Volk. Sie wollen nicht mehr auf den Zufall und die Kunststücke des Marktes spekulieren, sondern ihr Leben auf derselben Grundlage aufbauen wie der Handwerker. Wie dieser, stellen sie ihre Preise nach dem Aufwand von Material und Arbeitszeit und rechnen auf den größeren Kundenkreis und den regelmäßigen Absatz, den mäßige Preise bringen würden. Sie leben nicht mehr in Ateliers in Berlin W, sondern verteilen sich über alle Winkel und fühlen sich nicht zu gut, ihre Arbeiten so zu zeigen, wie alle anderen Handwerker. (Dürers Stiche wurden von seiner Frau in einer Marktbude verkauft wie Wachskerzen und Lebkuchen). Sie bereichern damit ihr eigenes Leben und das Leben der Menschen, für die sie schaffen wollen, denen sie die Kunst bringen als etwas, was zum Leben gehört, nicht zum Luxus der Reichen. Genossenschaftlich organisiert, können sie eine Druckerei haben, abwechselnd darin arbeiten und so vielleicht erreichen, daß auch für billige Blätter der Maschinendruck durch den Handdruck ersetzt werden kann.

Gewiß: es gehört Entschluß dazu, auf das Künstlertum, wie es die Zeit der Bourgeoisie geschaffen hat, zu verzichten. Aber dieser Entschluß liegt in der Richtung des Sozialismus, wenn er nicht Redensart sein soll. Und er wird erleichtert durch die unzweifelhafte Gewißheit, daß in der Not der kommenden Zeit für eine Künstlerschaft, wie sie bisher war, kein Brot sein wird, wohl aber für den Künstler-Handwerker, wie er in der besten Zeit deutscher Kunst im Volke stand.

Ich würde nicht so viel über die verfehlte Gründung gesagt haben, wenn ich nicht das Gefühl hätte, daß doch etwas Aehnliches, wie es hier ausgesprochen ist, den Gründern vorgeschwebt hat, und daß sie nur nicht zur Klarheit gekommen sind, weil es schwer ist, sich von dem Gewohnten loszulösen und ganz neue Verhältnisse zu denken. Mir sind diese Verhältnisse aber immer als wünschenswert erschienen, weil sie für die Kunst günstiger sind als die bestehenden.

Und nun noch ein Wort über die Ausstellung, die durchaus verdient besucht zu werden. Von bekannten Künstlern sind vertreten: Käthe Kollwitz, Baluschek und Vogeler. Man findet aber auch eine ganze Reihe talentvoller neuer Leute, Julius Kroll und Franz Pfeffer, die ergreifende Bilder vom Schlachtfeld zeigen, stärker als das Meiste, das wir in den Kriegsbilderausstellungen sahen, Karl Holtz mit sehr feinen Zeichnungen aus alten Gassen, Vorreiter, der Landschaften mit der Liebe und Sorgfalt der Meister des frühen 19. Jahrhunderts zeichnet, und Hermann Westphal, der in echtem Steindruckstil Strandstimmungen gibt. Es sind zum großen Teil sehr junge Menschen, die uns den Trost geben, daß nicht alle neuen Kräfte der Wüstheit des modernsten Betriebes verfallen sind.

Der Sprachforscher Karl Brugmann, Ordinarius für vergleichende indogermanische Sprachwissenschaft an der Universität Leipzig, ist dort gestern im 71. Lebensjahre gestorben. Brugmann ging als Schüler von Georg Curtius von den klassischen Sprachen aus, zog aber schon früh auch die osteuropäischen Sprachen, vor allem das Litauische, in seinen Forschungskreis hinein. Sein Grundriß der vergleichenden Grammatik der indogermanischen Sprachen, der in mehreren Bänden seit 1892 erschien, ist das grundlegende Werk der gesamten indogermanischen Wissenschaft geworden, als deren internationaler Führer Brugmann schon seit langen Jahren gilt. Neben den umfassenden Sprachkenntnissen und der tief eindringenden Sprachkritik ist Brugmanns Verdienst vor allem, die alte Wurzeltheorie ausgerottet und eine aus dem Leben der Sprache und der Phonetik geschöpfte Behandlung der Sprachentwicklung eingeführt zu haben. Geboren zu Wiesbaden am 16. März 1849, wirkte Brugmann zuerst als Gymnasiallehrer in seiner Vaterstadt und in Leipzig, wurde 1882 außerordentlicher Professor in Leipzig, 1884 ordentlicher Professor in Freiburg i. Br. und kehrte 1887 als Ordinarius für indogermanische Sprachforschung nach Leipzig zurück. Mit Wilhelm Streitberg (München) begründete er 1892 die „Indogermanischen Forschungen", mit Christian Bartholomae (Heidelberg) gab er den „Grundriß der indogermanischen Sprach- und Altertumskunde" heraus. Aus seiner Beschäftigung mit den künstlichen Weltsprachen gingen zwei Schriften zur Kritik (1907) und über die Aussichten derselben (1913) hervor.

Wissenschaftliche Nachrichten. Dr. Friedrich Franz Friedmann, über dessen Tuberkuloseforschungen wir hier unlängst berichtet haben, ist zum außerordentlichen Professor an der Universität Berlin ernannt worden.

Als Nachfolger des Professors Dr. Hans Hollback ist Dr.-Ing. Karl Vormfelde zum ordentlichen Professor für Physik und Maschinenkunde an der landwirtschaftlichen Akademie zu Bonn-Poppelsdorf ernannt worden.

Kundgebung
der deutschen Grenzmarkenschutzverbände.

Berlin, 29. Juni. (W. T. B.)

Der Bund der deutschen Grenzmarkenschutzverbände in Berlin (Potsdamer Straße 75), der den Reichsverband Ostschutz sowie die Schutzverbände für das Saargebiet, für die Pfalz, für Schleswig und für Elsaß-Lothringen umfaßt, erläßt anläßlich der Friedensunterzeichnung folgende Kundgebung an die Bewohner der deutschen Grenzmarken:

Liebe Volksgenossen! In dem namenlosen Unglück, das unser deutsches Vaterland betroffen hat, ist das Schmerzlichste und Niederdrückendste der Länder- und Menschenraub an des Reiches Grenzen, der Millionen von Volksgenossen von uns trennt, ohne ihnen das Recht der Selbstbestimmung zu geben, das heute zu den elementaren Grundrechten der Menschheit gehört. Wo immer deutsche Herzen schlagen, empfindet man diesen Verlust als eine Katastrophe schlimmster Art für das ganze deutsche Volk und als eine nie dagewesene Tragödie für die vergewaltigten deutschen Brüder.

Wir haben mit allen Mitteln der Ungeheuerlichkeit der Friedensbedingungen entgegengearbeitet, die zu allem sonstigen Unglück auch noch die Zerstückelung des Reiches zur Folge haben, blühende Gaue von großem Umfange mit rein deutscher Bevölkerung uns entreißen und Millionen von Volksgenossen unter das Joch der Fremdherrschaft beugen. Nachdem aber die Feinde, denen gegenüber wir zurzeit wehrlos sind, auf der unveränderten Annahme ihrer unerhörten Gewaltfriedensbedingungen bestanden haben und Reichsleitung wie Nationalversammlung in ihrer Mehrheit den Frieden unterzeichnet haben, um das Vaterland vor noch größerem Unglück zu bewahren, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns vorläufig in das Unvermeidliche zu schicken, hoffend, daß das Recht doch noch siegt und den jetzt vergewaltigten Volksgenossen Freiheit und Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird. So unfaßbar es den bedrohten Brüdern erscheinen muß, daß sie dem Haß feindlicher Völker ausgeliefert werden, so unfaßbar erscheint uns allen heute noch der Verlust der uns entrissenen Ost-, West- und Nordmarken. Wir bitten unsere Volksgenossen in den abzutretenden Gebieten, mit **kaltblütiger Entschlossenheit einig und mutig ihre Rechte zu wahren.** Das Vaterland wird euch nicht verlassen.

Deutsche Brüder in den Grenzmarken! Gebt eure Sache, so tragisch jetzt auch euer Schicksal ist, nicht verloren. Haltet fest an eurem Deutschtum und tretet, wenn auch den neuen Verhältnissen Rechnung tragend, nachdrücklicher denn je für deutsche Art und Sitte, für die Pflege deutscher Kultur ein. **Gebt Grund und Boden nicht preis!** Jeder bleibe auf seinem Posten und harre aus **auf der Wacht für das Deutschtum.** Trennen uns auch feindliche Grenzpfähle, für immer bleiben wir einig im Denken und Empfinden, bis einst der Tag der Gerechtigkeit naht. Denkt an das Los unserer deutschen Vorfahren und schöpft daraus die Hoffnung, daß für unser Vaterland auch wieder andere, bessere Zeiten kommen. Eure Losung sei: Hie gut deutsch allerwege!

Der Landarbeiterstreik in Lübeck beigelegt.

Lübeck, 29. Juni. (W. T. B.)

Der Streik der Landarbeiter, der in vielen Gegenden der Provinz ausgebrochen war, ist nunmehr **beigelegt.**

Ruhe in Landsberg a. d. Warthe.

Landsberg (Warthe), 30. Juni. (W. T. B.)

Die Unruhen in Landsberg sind als **beendet** anzusehen. Der **bewaffneten Einwohnerwehr** ist es gelungen, die **Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.** In den beiden letzten Nächten ist es zu Ausschreitungen und Plünderungen nicht mehr gekommen, und die in den Dörfern um Landsberg liegende Reichswehr hat nicht einzuschreiten brauchen. Im Krankenhause ist ein Angestellter des Landratsamtes, der bei den Unruhen in der Donnerstagnacht schwer verwundet worden war, gestorben. Es ist das zweite Opfer der Unruhen.

Der Prozeß gegen die Mörder
des Oberstleutnants v. Klüber.

Geständnis Fiedlers.

Zu Beginn der Verhandlungen werden Entlastungszeugen für Bauer vernommen. Vor dem Kriege sei er ein ordentlicher Mensch gewesen, erst nach seiner Verwundung hätte er sich verändert. Aeußerst belastende Aussagen werden gegen Kyritz gemacht. Zwei Zeugen, 12- und 13jährige Mädchen, geben übereinstimmend an, sie hätten unabhängig voneinander beobachtet, daß Kyritz, der ihnen bekannt wird von dem Vorsitzenden die Glaubwürdigkeit geprüft. Eingehend wird vo dem Vorsitzenden die Glaubwürdigkeit geprüft. Aeußerst interessante und belastende Aussagen macht eine Zeugin, die auf Antrag eines Angeklagten als Entlastungszeugin geladen war. Sie hätte gesehen, wie Bauer dem Oberstleutnant die Papiere abgenommen hätte. Hierauf hätten Bauer, Fiedler, Kyritz und Gierold von Klüber über die Brüstung geworfen. Bauer hätte den sich am Geländer festhaltenden Oberstleutnant mit einem Revolver auf die Hände geschlagen, entrüstet hätte sich die Zeugin abgewandt, da sei ihr von Gierold zugerufen worden: „Scheren Sie sich doch weg, wenn Sie es nicht mit ansehen können!" Fiedler hätte geäußert: „Schieß doch nicht, laß ihn laufen." Gierold sei über die Brücke gerannt und hätte den sich an das Ufer rettenden Oberstleutnant, der die Hand hochhob, als ob er noch etwas sagen wollte, wieder ins Wasser gestoßen. Ein Zivilist hätte ihn viermal über den Kopf geschlagen. Wiederholt vom Vorsitzenden gefragt, ob sich die Zeugin in dem Beschuldigten auch nicht täuschen könne, bekundete sie auf ihren Eid, daß sie die Leute genau wiedererkenne. Die Angaben über den letzten Schützen sind widersprechend. Die Zeugin kann sich nicht erinnern, daß es Richter gewesen sei. Auf die belastenden Aussagen der Zeugin hin legt **Fiedler ein Geständnis** ab, daß er v. Klüber an den Beinen über das Geländer geschoben hätte. Die übrigen Angeklagten beharren bei ihrem **Leugnen.** Der Vorsitzende gibt nach der Mittagspause bekannt, daß mehrere Zeugen bedroht worden sind. Ein Zeuge will gesehen haben, wie Jungmann, der v. Klüber mit dem Messer in den Rücken stechen wollte, zurückgehalten habe. Ob Richter der eigentliche Mörder des gemarterten Oberstleutnants v. Klüber gewesen ist, konnte **bisher noch nicht einwandfrei** ermittelt werden. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß Richter, nachdem er erst vom anderen Ufer auf v. Klüber geschossen hatte, mit fertiggemachten Gewehr über die Brücke gelaufen ist. Einige Zeugen bekunden, daß Richter nicht der gewesen sei, der den letzten Schuß abgegeben hat. Ein Zeuge spricht von einem Mann mit Fliegerabzeichen auf den Achselklappen.

---

* Die **„Berliner Neuesten Nachrichten"** haben sich vom 1. Juli an mit der „Post", die mit ihr gleiche politische Ziele verfolgt, vereinigt.

* Der **Reichsbund der Kriegsbeschädigten,** Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Bezirk Schöneberg, hält am Donnerstag, den 3. Juli 1919, 8 Uhr abends in der Aula der Fichte-Realschule, Kolonnenstraße 22/23, eine Versammlung ab. Mitgliedskarte gilt als Ausweis. Thema: „Was bringt uns Opfern des Krieges der Frieden?"

* Die **Strecke der Ostbahn Kreuz, Schönlanke, Schneidemühl** liegt diesseits der Demarkationslinie und bleibt **deutsch.** Die Nachrichten, daß Schönlanke und Schneidemühl zu Polen fallen, sind unzutreffend; nur Filehne wird polnisch, weil es **südlich der Netze** gelegen ist.

* Wie uns das argentinische Konsulat zu Berlin mitteilt, ist in Buenos Aires der Vizepräsident der argentinischen Republik, **Bellachio Peluna,** gestorben. Als Präsident der Senatorenkammer wirkte er stets eifrig an der Aufrechterhaltung der Neutralität. Nicht zuletzt seinem politischen Einfluß ist es zu danken, daß **diese während des ganzen Krieges gewahrt wurde.**

Der bevorstehende Straßenbahnerstreik in Berlin.

Die Forderungen der Angestellten.

Trotz aller Warnungen, auch von seiten der sozialdemokratischen Parteien, haben, wie auf der ersten Seite des Blattes berichtet wird, die Angestellten der Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen mit überwiegender Mehrheit, man spricht von 90 Prozent, beschlossen, von morgen ab in den **Streik** zu treten. Die **Ursachen** des Streiks sind, wie versichert wird, rein wirtschaftlicher Natur. Die Straßenbahner behaupten, daß ihre Bezüge den heutigen Lebensverhältnissen nicht angemessen sind. Es sei darum zur Klärung der Sache folgende Darstellung der Groß-Berliner Straßenbahn wiedergegeben, die die Bevölkerung über die Bezüge der Angestellten aufklärt:

Durch

Schiedsspruch des Einigungsamtes

des Berliner Gewerbegerichts vom 8. Januar d. J. sind dem Fahrpersonal der Großen Berliner Straßenbahn rückwirkend vom 1. Januar ab neben einer einmaligen Entschuldungszulage, die für den weitaus größten Teil des Personals 500 Mark betrug, die folgenden Lohnsätze gewährt worden.

Schaffner: Monatslohn 400 Mark, steigend in zehn jährlichen Zwischenstufen von je 10 Mark bis zum Höchstbetrage von 500 Mark. Hieraus ergab sich ein Jahreseinkommen von 4800 Mark, steigend in zehn Zwischenstufen um je 120 Mark bis zum Höchstbetrage von 6000 Mark.

Die **Fahrer erhielten eine besondere Zulage von monatlich** 26 Mark, so daß ihr **Monats-** bezw. Jahreseinkommen schwankte zwischen 426 bis 526 Mark, bezw. 5112 bis 6312 Mark.

Die **Aufsichtsbeamten** erhielten entsprechende Zuschläge. Durch die völlig kostenlose Lieferung der Dienstkleidung werden diese Beträge nicht unerheblich erhöht.

Die Entschuldungszulage sollte zur Tilgung etwaiger Schulden und zu Neubeschaffungen im Haushalte dienen.

Die Erfüllung des Schiedsspruches bedeutete in Verbindung mit der Einführung des Achtstundentages eine jährliche **Mehrausgabe für die Straßenbahn von rund 40 Millionen Mark und führte zur Einführung des 17½- bezw. 20-Pfennig-Tarifes.**

Dieser neue, zunächst bis zum 31. März festgesetzte Lohntarif wurde vom 1. April bis zum 30. Juni verlängert. Bei Erneuerung des Vertrages wurden dem Personal verschiedene, mit erheblichen Kosten verknüpfte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zugestanden. **Alle Straßenbahnen Groß-Berlins nahmen den gleichen Tarif** an, nur der Hochbahn wurde durch einen besonderen Schiedsspruch in Anbetracht ihrer **besonders schwierigen Finanzlage eine geringere** Lohnerhöhung auferlegt.

Am 5. Juni d. J. wurde zwischen **dem Arbeitergeberverbande der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen** einerseits und dem Deutschen Transportarbeiterverband, sowie dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands (Christlicher Verband) andererseits ein **Tarifvertrag abgeschlossen,** der die allgemeinen und dem Straßenbahngewerbe eigentümlichen Arbeitsbedingungen, sowie das Schlichtungswesen bei etwaigen Streitfragen regelt, die Festsetzung der Löhne und des Urlaubs dagegen den zu bildenden Ortsgruppen überläßt. Die Ortsgruppe Groß-Berlin reichte am 13. Juni durch ihre zuständige Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband,

neue Forderungen

für die Verlängerung des Lohntarifes über den 30. Juni hinaus ein, die neben verschiedenen anderen Punkten in der Hauptsache in der Forderung einer weiteren **Wirtschaftsbeihilfe** von 700 Mark gipfelte. In der Verhandlung am 18. Juni ließen die Arbeitnehmer keine Zweifel darüber, daß sie die Wirtschaftszulage von 700 Mark als eine Entschuldungszulage für das erste Halbjahr 1919 anzusehen wünschten, also für einen Zeitraum, indem sie **bereits im Januar** eine einmalige Zulage von rund 500 Mark gefordert und erhalten hatten. Die Arbeitnehmer behielten sich auch ausdrücklich vor, gegebenenfalls **am 1. Oktober weitere Zulagen zu fordern.**

Die Erfüllung aller Forderungen würde für die Große Berliner Straßenbahn eine Ausgabe von mindestens **14 Millionen Mark** unter der Voraussetzung bedeuten, daß **weitere Forderungen im Laufe des Jahres nicht mehr gestellt würden.** Durch Hinzukommen der übrigen Straßenbahnen Groß-Berlins würde sich diese Zahl im Verhältnis zu der Anzahl der beschäftigten Personen erhöhen.

In Anbetracht der am 18. Juni vorhandenen ungeklärten Tariflage konnten die Straßenbahnen die Forderungen nicht erfüllen, ein Angebot auf Verbesserung der Urlaubszeiten **wurde von den** Arbeitnehmern zurückgewiesen.

Die Arbeitnehmer machten nunmehr von dem ihnen im § 16 des Tarifvertrages gegebenen Rechte Gebrauch und verwiesen die Forderungen an den sogenannten

Schlichtungsausschuß,

in dem je zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten waren. Den am 24. Juni gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses **unterwarfen sich die Arbeitgeber** in allen Punkten, während die Arbeitnehmer nur die zugesprochene Lohnerhöhung der Schaffnerinnen von 308 auf 364 Mark monatlich anerkannten und wegen der übrigen Punkte Berufung beim **Hauptausschuß** einlegten, der am gleichen Tage zusammentrat und aus je drei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter bestand. Der Hauptausschuß kam unter dem Vorsitz des zum unparteiischen Obmann ernannten Regierungsrates **Hausmann** vom Reichsarbeitsministerium **einstimmig** zu folgender **Entscheidung:**

Die Forderung der Arbeitnehmer, daß bei Beförderung in eine höhere Stellung die Löhne nach dem geleisteten Dienstjahre gezahlt werden, wird abgelehnt. Unter technischer Möglichkeit versteht der Hauptausschuß die Möglichkeit, die Tätigkeit der einzelnen Angestelltengruppen bei Straßen- und Hochbahn miteinander zu vergleichen. Die Einreihung selbst muß der Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Entscheidung im Nichteinigungsfalle einem erneuten Schlichtungsverfahren überlassen bleiben.

2. **Der Tagelohn der Wagenwäscher, Rangierer, Streckenwärter, Bodenarbeiter usw. wird auf 15 Mark festgesetzt.**

3. **Die Arbeitnehmer,** die am 1. April mindestens zwölf **Monate** in einem **Betriebe ununterbrochen** beschäftigt sind, **erhalten unter** Fortzahlung des **Lohnes** einen Urlaub, der beträgt:

Nach einjähriger Dienstzeit 6 Kalendertage, nach dreijähriger Dienstzeit 8 Kalendertage, nach sechsjähriger Dienstzeit 9 Kalendertage, nach neunjähriger Dienstzeit 10 Kalendertage, nach zwölfjähriger Dienstzeit 12 Kalendertage, und von da ab steigend von Jahr zu Jahr um einen Tag bis nach achtzehnjähriger Dienstzeit 18 Kalendertage.

4. Zur Bewilligung einer **Wirtschaftsbeihilfe** hat sich der Hauptausschuß im gegenwärtigen Augenblick nicht entschließen können. Er hält es jedoch für angezeigt, daß **die Frage in etwa sechs Wochen erneut geprüft wird,** wenn sich die Wirkung des Friedensschlusses auf dem Lebens- und Bedarfsmittelmarkt übersehen läßt.

Das Urteil des **Hauptausschusses ist nach § 21, Abs. 3 des Tarifvertrages endgültig und bindend.**

Während der **Arbeitgeberverband** das Urteil der obigen Bestimmung entsprechend **sofort anerkannte,** setzten sich die Versammlungen des Personals sämtlicher Bahnen über die Bestimmung hinweg, indem sie beschlossen,

das Urteil nicht anzuerkennen,

sondern auf den ursprünglichen Forderungen zu beharren und **in den Streik einzutreten.** Das bedeutet einen glatten **Kontraktbruch gegenüber dem Tarifvertrage.**

Ein **Nachgeben** gegenüber dem Verlangen des Personals wäre gleichbedeutend mit einer **Anerkennung eines Vertragsbruches** und würden den nach langen und schweren Bemühungen nun endlich zum Abschluß gelangten Tarif nicht für Groß-Berlin, sondern auch für das ganze Reich glatt zum Falle bringen. Zu einem derartigen folgenschweren Schritt können sich daher die Verwaltungen der Bahnen Groß-Berlins nicht entschließen.

Bei der

Direktion der Großen Berliner Straßenbahn

ist man über das eigenartige Vorgehen der Angestellten nicht minder überrascht. Es war gutihin angenommen worden, daß das Resultat der Verhandlungen im Hauptausschuß für beide Teile bindende Kraft habe und nicht willkürlich durchbrochen würde. Diese Annahme hat sich als trügerisch erwiesen. Der **Streik ist beschlossene Tatsache** geworden, denn das vorliegende Ergebnis der geheimen Abstimmung am heutigen Vormittag hat **90 Prozent Stimmen für den Streik** ergeben. Das **Bureaupersonal** der Gesellschaft hat sich mit dem Vorgehen des Fahrpersonals bereits am gestrigen Tage **solidarisch erklärt.** In jedem Falle wird zunächst eine abwartende Haltung eingenommen, da man bei den kommenden Verhandlungen auch mit der besseren Einsicht der Streikenden rechnet.

Ueber die Stellung, die

die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft

zu dem gegenwärtigen Streik ihrer Angestellten und ihres Betriebspersonals einnimmt, gibt Geheimer Baurat **Wittig** einem unserer Mitarbeiter folgende Auskunft:

„Die neue **Bewegung der Angestellten an den großen Berliner Verkehrsunternehmungen ist keinesfalls von gestern auf heute entstanden, sondern hat ihren Ausgangspunkt in dem Radikalismus einer kleinen Minderheit,** die trotz aller Einigungsverhandlungen ihre Tätigkeit nicht eingestellt hat. Schon seit einer Reihe von Wochen werden im Verband der Arbeitgeber und **Arbeitnehmer ernsthafte** und von beiden Teilen anerkannte Verhandlungen gepflogen, um die soziale Lage des gesamten Personals auf ein Niveau zu bringen, das den zeitigen Verhältnissen entspricht. Die Beratungen wurden dann im **Schlichtungsausschuß weiter fortgesetzt, bis schließlich der Hauptausschuß angerufen wurde,** um das entscheidende Wort zu sprechen. Und hier **kam es** nun in der letzten Woche zu einem befriedigenden Resultat, da sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer erklärten, die ganze Angelegenheit um sechs Wochen hinauszuschieben. Es sollte damit erreicht werden, zunächst abzuwarten, ob die von der Regierung zugesagte Senkung der **Lebensmittelpreise** zur Tatsache würde und ob ferner der Friedensschluß eine allgemeine Verbesserung der Ernährungsfrage mit sich brächte. Dieses **Abkommen** haben nun die Angestellten glattweg **durchbrochen,** d. h., sie haben den Boden der gesetzlich geregelten Organisation verlassen und zur Selbsthilfe gegriffen. Eine vorherige Benachrichtigung über den geplanten Schritt zu der Arbeitseinstellung ist nicht erfolgt, und so muß die Hochbahngesellschaft sich vorerst mit der vollendeten Tatsache abfinden. Was die **Höhe der Forderungen** anbetrifft, so ergibt sich rechnerisch eine einmalige **Ausgabe von fünf Millionen,** die der Etat nicht aushalten kann. Die Gesellschaft nimmt zur Stunde einen abwartenden Standpunkt ein und wartet einmal auf die offizielle Nachricht von dem Eintritt in den Streik und dann auf die Aufforderung zu den notwendigen Verhandlungen."

Die Kommunalisierung
der Straßenbahn beschlossen.

Vorläufige Beibehaltung der Tarife.

Die Verstadtlichung der Großen Berliner Straßenbahn ist heute nach kurzer Debatte von der Vollversammlung des **Verbandes Groß-Berlin beschlossen** worden. Der Zufall fügt es, daß dieser Beschluß zeitlich mit dem Streikbeschluß der Straßenbahnangestellten zusammenfällt. Die Uebernahme der Straßenbahn erfolgt spätestens am 1. April nächsten Jahres. Nach den bisherigen Beschlüssen dürfte auch der Zweckverband die Fahrpreise vorläufig in derselben Höhe wie bisher aufrechterhalten.

Zu Beginn der Sitzung begrüßte Oberbürgermeister **Wermuth** den **Oberpräsidenten Dr. Meier,** der bisher der Versammlung als Vertreter der Stadt Charlottenburg angehörte und heute zum erstenmal in seiner Eigenschaft als Oberpräsident an den Verhandlungen teilnahm.

Der Oberpräsident

erwiderte:

„Meine Herren! Ich danke für die freundliche Begrüßung. Es ist sicher, daß ich bei meiner Abstammung aus Ihren Kreisen allen Angelegenheiten volle Anteilnahme entgegenbringen werde. Der **Dauer des Zweckverbandes ist ein Ziel gesetzt.** Nur noch kurze Zeit, und der Gemeinschaftsgedanke Groß-Berlin wird verwirklicht werden. Die kommunalpolitische Neuordnung Groß-Berlins steht vor der Tür. Um so bemerkenswerter ist es, daß gerade in diesem Augenblick der **Gemeinschaftsgedanke Groß-Berlin** sich so lebenskräftig erweist, daß er auch noch in der alten Rechtsform das schwierige Problem der Sozialisierung der Straßenbahn in öffentliche Hand verwirklichen kann. Ich bin überzeugt, daß die heutige Vorlage mit großer Mehrheit angenommen wird. Sie werden die Vorlage annehmen, nicht nur um mit der Großen Berliner Straßenbahn einen **Rechtsfrieden herzustellen,** sondern um dem künftigen **Groß-Berlin eine willkommene Morgengabe** darzubringen. Der **Zweckverband** hat, wenn er diese Aufgabe erfüllt hat, auch den **Hauptzweck erfüllt,** für den er seinerzeit gegründet ist."

Hierauf **wurde** zur Erledigung der **Tagesordnung** geschritten.

Die Vorlage

über den Erwerb der Straßenbahn sieht vor, daß der Verband das Unternehmen erwirbt und dafür in vierprozentigen Obligationen nominal **100 Millionen Mark** und zur Abgleichung des von der Gesellschaft gesammelten Tilgungsfonds noch 37½ Millionen Mark zahlt. **Die Uebernahme** soll am **1. Januar oder 1. April 1920** erfolgen. Professor Dr. **Leidig** (Wilmersdorf) erklärte sich mit der Kommunalisierung der Bahn einverstanden, sprach sich aber gegen die Art und Weise aus, wie die Verhandlungen geführt worden wären. Ein „vornehmer" Kaufmann würde sie **anders** geführt haben! Der Redner wird vom Oberbürgermeister unterbrochen, der den Ausdruck „vornehmer" Kaufmann rügt. Das sei ein **Vorwurf gegen die ganze Versammlung,** die fast einstimmig beschlossen habe, die Verhandlungen so zu führen, wie sie geführt worden sind. Dr. Leidig wandte sich dann gegen den neuinszenierten **Streik** der Straßenbahner. Es wäre doch an der Zeit, gegen die Streiks aufzutreten, die unrettbar zum wirtschaftlichen Ruin Groß-Berlins führen müßten. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. **Sommerfeld** bemängelt es, daß man über die Verhandlungen nichts gehört habe. Plötzlich käme die Vorlage, ohne daß die Mitglieder des Ausschusses Näheres erfahren haben. Der Unterausschuß sei nicht **beauftragt worden, ein bestimmtes Angebot zu**

machen. Gegen diese Erledigung erhebe er Beschwerde. Ferner müßte der Tarif im Interesse der Groß-Berliner Finanzlage noch geprüft werden. Herr Haberland macht auf das große Risiko aufmerksam, das der Verband mit dem Kauf übernommen. Er beantrage, die Tarife so zu halten, daß neben der Verzinsung der Kapitalien Ueberschüsse erzielt werden können, die nicht hinter jenen Einnahmen zurückbleiben, die der Verband bis jetzt gehabt hat. Im Namen der Sozialdemokraten erklärte Vertreter Bruns (Berlin), daß seine Fraktion zwar Bedenken gegen die Höhe des zu zahlenden Preises habe, aber der Vorlage zustimmen werde.

Geheimrat Cassel (Berlin) trat dem Wunsche des Herrn Haberland bei, daß ausreichende Ueberschüsse zu erzielen seien. Ein besonderer Antrag sei aber überflüssig, man solle nur darauf hinarbeiten, einen geregelten Betrieb zu schaffen.

Nach einer längeren Debatte wurde

die Vorlage angenommen.

Die Versammlung erklärt sich ferner damit einverstanden, daß die Fahrpreise für Einzelfahrscheine, Doppelfahrscheine oder Sammelkarten bei der Berliner Elektrischen Straßenbahn einheitlich mit jenen bei der Großen Berliner Straßenbahn festgesetzt werden. Ebenso sollen die Fahrpreise bei der Köpenicker Städtischen Straßenbahn in gleicher Höhe wie bei den Berliner Ostbahnen festgesetzt werden.

Bei der Hochbahngesellschaft sollen die jetzt gültigen Fahrpreise weitere drei Monate bestehen bleiben. Die Tarife der Großen Berliner Straßenbahn bleiben vorläufig unverändert, so daß der für 1. Juli geplante Abbau der Fahrpreise nicht in Kraft tritt.

Die Versammlung beschäftigte sich mit der Weiterführung der A.-E.-G.-Schnellbahn über den Hermannplatz hinaus bis zur Münchener Straße in Neukölln und erklärte sich ohne Erörterung damit einverstanden.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Kühl und veränderlich. Ueberwiegend trübe mit weiteren Regenfällen und frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im Südwesten größtenteils geringe, in den anderen Gegenden, besonders an der Küste, vielfach stärkere Regenfälle.

Noch kein geregelter Eisenbahnverkehr.

Versammlungen über Versammlungen.

Die Verkehrslage auf den Eisenbahnstrecken des Direktionsbezirks Berlin zeigte heute morgen kaum eine Aenderung gegen die Vortage, so daß von einer Beendigung des Verkehrsstreikes auf der Eisenbahn noch nicht die Rede sein konnte. Die Eisenbahnarbeiter sind auch heute morgen noch nicht zum Dienste angetreten. Der Vorortverkehr war auf allen Strecken sehr unregelmäßig und lückenhaft. Die Ringbahnzüge verkehrten bereits etwas regelmäßiger, doch kann sich dieses Bild von Stunde zu Stunde verändern. Auch der Fernverkehr zeigte nicht die gewohnte Regelmäßigkeit. Die Eisenbahn-Haupt- und -Nebenwerkstätten arbeiten noch nicht wieder. Heute mittag findet im Empfangsgebäude des Potsdamer Bahnhofes wieder eine Vertrauensmännerversammlung der Eisenbahnarbeiter statt, in der über das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten berichtet werden soll. Auf den einzelnen Bahnhöfen und sonstigen Dienststellen sollen dann im Laufe des Nachmittags Betriebsversammlungen stattfinden, in denen über die Wiederaufnahme der Arbeit Beschluß gefaßt wird. Eine Regelmäßigkeit im Berliner Verkehr kann erst im Laufe der Nachtstunden erwartet werden. Der Stadt-, Ring- und Vorortbahnverkehr wird daher erst morgen vormittag wieder den gewohnten Verkehr aufweisen können, wenn die Arbeiter wenigstens zum größten Teile die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen. Sollte es morgen bereits zu dem angekündigten Verkehrsstreik kommen, so ist, wie verlautet, mit der Einstellung auch des Eisenbahnverkehrs auf den Stadt- und Vorortstrecken zu rechnen.

Einberufung des demokratischen Parteitages.

Die Neuköllner Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei fordert in einer Entschließung, die dem Hauptvorstande und den beiden Fraktionen übersandt ist, unverzügliche Einberufung des Parteitages sowie Bildung eines Reichsausschusses und eines Landesausschusses. In der Entschließung ist gesagt, daß Hauptvorstand und Parlamentsvertreter nicht die nötige Fühlung mit den Wählern haben, und daß Wechselbeziehungen fehlen, welche die Fraktionen über die Wünsche und Ansichten der Wähler und umgekehrt die Wähler über die Gründe des Handelns und Nichthandelns der Fraktionen aufklären. Die beiden Ausschüsse sollen die notwendige Verbindung zwischen Wählern und Fraktionen herstellen.

Schlechte Wetteraussichten für die Ferien.

Das unfreundliche Wetter, das nach einer kurzen Reihe von vorzeitigen Hochsommertagen jetzt in dauernde Erscheinung getreten ist, dürfte leider nach Ansicht des Berliner Wetterbureaus noch von ziemlich langer Dauer sein. In wenigen Tagen treten die großen Schulferien ein und damit beginnt, trotz aller Eisenbahnschwierigkeiten, die große Massenflucht der landhungrigen Bevölkerung in die Sommerfrischen. Tausende studieren schon jetzt täglich die Wetterberichte, in der stillen Hoffnung, eine erfreulichere Nachricht zu finden. Aber die Auskünfte sind stets die gleichen: „Kühl und trübe, vorwiegend Regenwetter." Die abergläubischen Wetterpropheten, die, den Gelehrten zum Trotz, an dem Einfluß des diesmal gründlich in Regen gehüllten Siebenschläfertages festhalten — bekanntlich bedeutet nach einer alten Bauernregel Regen am Siebenschläfertag sieben Wochen Regen — scheinen wieder einmal recht behalten zu sollen. Eine schwache Hoffnung bleibt allerdings: Die Nachrichten aus dem Auslande über die Bewegungen der Hoch- und Tiefdruckgebiete, von denen die Wettergestaltung abhängt und die allein eine sichere Wettervorhersage gestatten, sind infolge der politischen Verhältnisse so unvollkommene, daß auch unsere Gelehrten der Wetterkunde sich in ihrer Prognose irren können. Vorläufig aber prophezeien sie: Kühl, trübe, Regenfälle.

• **Die deutsche Demokratische Partei in Steglitz** hält am Dienstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im Paulsen-Realgymnasium, Arndtstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in der Generalsekretär O. Riedel, Mitglied der preußischen Landesversammlung, über: „Die Angestelltenfragen und die demokratische Partei" spricht. Angestellte aller Berufe, Ingenieure, Techniker, Handlungsgehilfen und -gehilfinnen, Bureauangestellte usw. sind eingeladen.

Die Verteuerung unseres Exports im Lichte der Frachtkosten.

Für jedermann ist die Wichtigkeit unseres Ausfuhrgeschäftes erkennbar geworden durch die Errichtung einer Kommission, bestehend aus drei Reichsministern, der die Aufgabe zufällt, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die sich bisher unserem Export hindernd in den Weg gestellt haben.

Die Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um unseren Ausfuhrhandel wieder in Gang zu bringen, sind hier schon so oft ausführlich dargelegt worden, dass wir auf die in diesen Arbeiten verwendeten Argumente wohl nicht zurückzukommen brauchen. Als ein seiner Wichtigkeit nach nicht entsprechend eingeschätzter Faktor stellt sich die Tatsache dar, dass die Preiskonvenienz heute mehr denn je abhängig ist von der Höhe der Transportkosten. Schon vor dem Kriege waren die Frachtkosten ein ausschlaggebendes Moment. Heute, wo sich die Frachten überallhin verdreifacht, ja, in manchen Ländern sogar versechsfacht haben, ist aus diesem Grunde ein Nachlassen unserer Exportfähigkeit zu befürchten, ferner auch deshalb, weil im Auslande vielfach Betriebe eingerichtet worden sind, die Waren hervorbringen gleich denen, welche wir in der Vorkriegszeit in grossem Umfange exportiert haben. Es bleibt sich dabei gleich, ob diese ausländischen Betriebe der Privatinitiative entsprungen sind oder angeregt wurden durch die Regierungen, in welch letzterem Falle weitgehende Unterstützung und reichliche Geldmittel dafür sorgten, die Existenz dieser Fabriken sicherzustellen.

Aber wenn auch diese Konkurrenzunternehmungen nicht aufgekommen wären, würde schon die ungeheuere Verteuerung der Fracht viel dazu beitragen, die Ausfuhrfähigkeit einer Reihe von deutschen Erzeugnissen zu mindern, wenn nicht ganz aufzuheben.

Wir sehen davon ab, dass die ursprünglich nicht beabsichtigte Erhöhung der Exportfrachten um 60 Prozent (Kriegszuschlag vom 1. April) doch für Exportsendungen eingeführt worden ist, so dass also schon bei Beförderung auf den deutschen Strecken für Exportgüter keine Begünstigung den anderen Transporten gegenüber innerhalb Deutschlands vorliegt. Sobald unser Exportgut die deutschen Grenzen verlässt, ist es gänzlich den Massnahmen ausgesetzt, die von den ausländischen Eisenbahnen eingeführt werden.

Betrachten wir die uns umgrenzenden Staaten, so finden wir, dass geradezu erschreckende Frachtverteuerungen eingesetzt haben. So in Holland, in Dänemark, in der Schweiz, von den tariflosen chaotischen Zuständen in dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn gar nicht zu reden. Wie es damit in Frankreich, in Italien, Russland, auf dem Balkan bestellt ist, wissen wir nicht. In allen diesen Ländern ist es völlig dem Belieben der Eisenbahnverwaltungen vorbehalten, jene Tarife festzusetzen, die für unsere Exportgüter in Anrechnung gelangen sollen.

Das gesamte europäische Tarifsystem ist in Unordnung gekommen. Es fehlen dem deutschen Ausfuhrhändler, auch seinem ausländischen Abnehmer, alle Grundlagen, um die Höhe der Frachten ermitteln zu können. Und doch ist, wenn auch nur annähernd, eine Feststellung der Frachthöhe notwendig, um beurteilen zu können, inwieweit das deutsche Angebot konveniert und inwiefern es uns also möglich ist, zu exportieren und Guthaben im Auslande zu schaffen.

Insolange also nicht feste Grundlagen geboten sind im Tarifwesen sowohl wie in den Transportfragen überhaupt, werden wir in unseren Bemühungen, unseren Export in Gang zu bringen, stark behindert sein.

Haben wir bisher bloss den Versand auf der Eisenbahn im Auge gehabt, so komplizieren sich die Dinge noch mehr, wenn man sie vom Gesichtspunkte der Seetransportierung aus betrachtet. Von den deutschen Häfen aus, die uns am bequemsten liegen und die die billigsten sind, bestehen keinerlei Verbindungen mehr zu unseren überseeischen Abnehmern. Wir sind bestenfalls, wie z. B. nach Spanien und Südamerika (sollten sich die letzten Nachrichten bewahrheiten), auf den Weg über Rotterdam angewiesen, von wo aus deutsche Exportgüter nach den genannten Gebieten ungehindert zum Versand gelangen können. Holland liegt aber für Mittel-, Süd- und Ostdeutschland ungünstig und kommt nur bei Transporten aus dem westlichen Deutschland in Frage. Und dabei handelt es sich nur um den Verkehr mit Spanien und Südamerika, während wir, wollen wir unseren Export genügend verbreitern, doch darauf angewiesen sind, nach allen Ueberseestaaten unser Geschäft aufzunehmen. Es wird also notwendig sein, direkte Schiffslinien von unseren deutschen Häfen aus möglichst bald einzurichten, wobei wir uns mit dem Gedanken befreunden müssen, diese Linien von Schiffen anderer Flaggen befahren zu sehen.

Die Transportfragen, sobald man sich mit ihnen beschäftigt, erweisen, welche enorme Bedeutung sie für unseren Export haben und wie hier unbedingt eine Regelung möglichst bald einsetzen muss, soll es irgendwie ermöglicht werden, die Absichten zu verwirklichen, welche bei der Gründung der Regierungskommission erste Voraussetzung waren. K. B.

✻ **Zur Preisfrage in der Eisenindustrie.** Die Mitgliederversammlungen des Stahlwerksverbandes und der Verbände und Preisvereinigungen für Walzwerkprodukte, die sich am 10. Juli über die Preisfestsetzung für die Zeit ab 1. Juli schlüssig machen sollten, sind, da vorher in Berlin noch Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium stattfinden sollen, auf den 11. Juli verschoben worden. In beteiligten industriellen Kreisen wird gegenüber den Bestrebungen auf weitere Preiserhöhung verschiedentlich auch die Meinung vertreten, man solle trotz der erhöhten Kohlen- und Roheisenpreise die Halbzeugpreise unverändert lassen, so dass dann auch von einer weiteren Heraufsetzung der Walzeisenpreise abgesehen werden könnte, damit endlich einmal ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Preise einträte. Ob aber die Mehrheit sich dieser Ansicht anschliessen wird, erscheint fraglich. Unzweifelhaft besteht eine starke Strömung für die Heraufsetzung der Preise, namentlich für Walzwerkprodukte, da für diese schon seit langem weit höhere Preise als die von der Konvention vorgesehenen bezahlt werden

Die Kohlenanfuhr in Duisburg-Ruhrort betrug in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur 1 295 423 To. gegen 3 352 765 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Abfuhr belief sich auf 1 358 124 To. (3 178 278).

✻ **Eisenhüttenwerk Marienhütte bei Kotzenau Akt.-Ges.** Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 pCt. fest. Der Vorstand erklärte im Gegensatz zu einer kürzlich ohne Wissen der Verwaltung in die Presse gelangten Meldung, dass die Werke nur noch für wenige Tage mit Roheisen versehen seien.

✻ **Maschinenfabrik Grevenbroich.** Im Jahre 1918 erzielte die Gesellschaft eine Einnahme von 750 874 M. (i. V.: 839 603 M.). Nach Abzug von 422 576 M. (366 784) für Abschreibungen verbleibt ein Ueberschuss von 416 506 M. (559 935), aus dem eine Dividende von 12 pCt. (16 pCt.) zur Ausschüttung gelangen soll. 87 677 M. (88 269) werden auf neue Rechnung vorgetragen. In der Bilanz erscheinen Waren und Materialien mit 644 941 M. (1 004 129). Schuldner mit 4 054 912 Mark (3 203 051), Gläubiger haben 2 902 016 M. (1 648 313) zu fordern. Wie im Geschäftsbericht mitgeteilt wird, ging der Umsatz von 15,44 Mill. M. auf 9,80 Mill. M. zurück. Zurzeit liegen Bestellungen für rund 11 Mill. M. vor.

✻ **Aktiengesellschaft Mix & Genest Telephon- und Telegraphenwerke** zu Berlin-Schöneberg. Auf Anfrage, wie die Verwaltung sich die notwendigen laufenden Mittel zu beschaffen gedenke, teilte diese in der Generalversammlung mit, sie werde nach Lage der Dinge alle Mittel versuchen. Natürlich sei der Gedanke an eine Kapitalerhöhung oder an die Aufnahme von weiterem Bankkredit der nächstliegende. Eine Kapitalerhöhung aber würde bei der jetzigen Zeit sehr schwierig sein, und der Bankkredit könne auch nicht bis ins Unendliche gehen. Ueber kurz oder lang könne sich sogar die Möglichkeit ergeben, dass die Beschaffung von weiteren Mitteln überhaupt unmöglich sei. Die Gesellschaft befinde sich in einer Lage wie viele andere Industrien. Wenn die augenblicklichen Verhältnisse noch weiter andauerten, könnten sie zum Ruin der Gesellschaft führen. Wenn die Produktion nicht sehr erheblich gesteigert werden könne, so sei es nicht mehr möglich, den kolossalen Beanspruchungen nachzukommen. Die Versammlung genehmigte darauf einstimmig die Jahresrechnung für 1918.

Chemische Fabrik Grünau Akt.-Ges. in Berlin. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 pCt. fest. Auf Antrag eines Aktionärs wurde die Uebernahme der Tantiemesteuer durch die Gesellschaft beschlossen und diesem Beschluss rückwirkende Kraft für 1918 verliehen. Neu in den Aufsichtsrat wurde Bankier Max M. Warburg (Hamburg) gewählt. Bezüglich der Aussichten bemerkt die Verwaltung, dass ich diese schwer beurteilen liessen; im laufenden Geschäftsjahre sei der Absatz bisher wesentlich hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben. Aufträge aus dem In- und Auslande seien genügend vorhanden, man könne sie jedoch nicht alle ausführen.

✻ **Handelsgesellschaft für Grundbesitz** in Berlin. Die Generalversammlung, in der 6¼ Mill. M. Aktienkapital vertreten war, genehmigte ohne Erörterung den Abschluss, wonach die Unterbilanz eine Erhöhung um 1 279 840 M. auf 4 618 650 M. erfährt.

✻ **Westdeutsche Eisenbahngesellschaft** in Köln. In der Generalversammlung wurde beschlossen, den Verlust von 8 808 816 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Eine Ersatzwahl für den verstorbenen Kommerzienrat Heymann wurde nicht vorgenommen. Vorsitzender des Aufsichtsrats wird Rechtsanwalt Dr. Herm. Fischer in Köln. An Stelle des bisherigen Aufsichtsratsmitgliedes Dr. Albert List (Berlin) wurde Rechtsanwalt Hans Schlipphacke (Justitiar des Hauses Bleichröder, Berlin) gewählt. Ferner wählte man an Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Bruno Herbst Dr. Gustav Sintenis (Berlin).

Gebrüder Stollwerck Akt.-Ges. in Köln-Berlin. Wie die Verwaltung mitteilt, hat sie mit Rücksicht auf die durch die politische Lage unklar gewordenen Verhältnisse des erheblichen Besitzes der Gesellschaft im Auslande vom preussischen Handelsministerium die Genehmigung erhalten, vorläufig von der Aufstellung der Bilanz für das verflossene Geschäftsjahr abzusehen.

✻ **Mitteldeutsche Versicherungs-Akt.-Ges.** in Halle. In der Generalversammlung wurde der Rechnungsabschluss genehmigt. Die Gesamtversicherungssumme stieg Ende 1918 auf 738 019 723 M. (1917: 584 935 279 M.), die Prämieneinnahme auf 1 879 898 M. (1 263 564). Nach Absetzung eines buchmässigen Kursverlustes auf Wertpapiere von 38 740 M. und Rückstellung von 1 125 351 Mark für Prämien- und Schadenreserven ergibt sich ein Ueberschuss von 40 210 M. (1406), dessen Verteilung wegen der inzwischen weiter eingetretenen Kursrückgänge und der allgemeinen unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse vorsichtshalber nicht erfolgt.

✻ **Ausdehnung der Armstrong, Whitword & Co.** Die Firma Armstrong, Whitword and Co. beabsichtigt, die bekannte elektrotechnische Firma Crompton Limited and Cie zu kaufen, deren Kapital nominal 500 000 Pfd. Sterl. beträgt.

Dividenden und Abschlüsse.

Niederlausitzer Kohlenwerke in Berlin: Rohgewinn 6 508 099 M. (6 363 547 M.), die Generalunkosten, Steuern der Zentrale, Obligations- und sonstige Zinsen 993 878 M. (1 023 848), Kursverluste auf Staatsanleihen 304 479 M., Ueberschuss 5 209 741 M. (5 339 698). Abschreibungen 2 900 937 M. (2 854 434). Dividende 10 pCt. (14).

Brüxer Kohlen-Bergbau-Gesellschaft. Betriebsüberschuss 12 436 466 Kr. (i. V. 8 530 100). Abschreibungen 2 Mill. Kr. (1,9 Mill.), Ueberschuss 6 473 223 Kr. (6 368 194).

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter): Ueberschuss in der Todesfallversicherung 14 102 616 M. (19 388 167 M.) einschliesslich der den Dividendenreserven vorweg zugeschriebenen Zinsen im Betrage von 854 221 M. (819 911).

Davon fliessen 13 025 945 M. (18 334 786) den Sicherheitsfonds I und II, 22 450 M. (28 470) der Kursausgleichungsreserve und 200 000 M. (i. V. 100 000 M. an den Beamtenpensionsfonds und 100 000 M. an die Organisationsreserve) dem Pensionsfonds der Bankbeamten zu.

Anglo-Oesterreichische Bank: Ueberschuss 10,55 Mill. Kr. (21,59), Dividende 6¼ pCt. (16⅔).

Lemberg-Czernowitzer Eisenbahngesellschaft. Da die rumänische Annuität nicht einging, Verlust: 3 961 000 Kr. Falls die österreichische und ungarische Annuität eingeht, wird die Dividende mit 20 Kr. eingelöst.

• An der Börse

war die Tendenz heute allgemein fest, da namentlich seitens des Privatpublikums aus der Provinz grössere Kaufaufträge für Industrieaktien vorlagen. Der Abschluss des Friedens hat das Anlagebedürfnis weiter verstärkt.

Am Montanaktienmarkt waren durchschnittlich 1 pCt. Kurserhöhungen zu verzeichnen. Phönixaktien waren bevorzugt und wurden um etwa 2½ pCt. höher. Mannesmann-Röhrenwerke-Aktien verloren dagegen fast 4 pCt. Schiffahrtspapiere erzielten bei sehr geringen Umsätzen kleine Preisbesserungen. Von Elektroaktien hoben sich bei grösseren Umsätzen A. E. G.-Aktien um fast 5 pCt., wie man wissen wollte, auf grössere Käufe für Rechnung des neutralen Auslands. Chemische Papiere zeigten sehr feste Haltung: die Aktien der Höchster Farbwerke gewannen 5 pCt., die der Akt.-Ges. für Anilinfabrikation 4 pCt. Am Markte der ausländischen Bahnwerte stiegen Lombarden um etwa ¾ pCt., Prinz Heinrich verloren dagegen 2½ pCt. Von den sonstigen Werten wurden die Aktien der Hirsch Kupfer-Gesellschaft 4 pCt., der Daimler-Gesellschaft 3 pCt. und der Deutschen Kaliwerke 3 pCt. höher.

Kolonialwerte bröckelten zum Schluss teilweise ab.

Im weiteren Verlauf der Börse kam trotz des bevorstehenden Verkehrsstreiks in Berlin allgemein eine kräftige Befestigung zum Durchbruch. An der Börse führte man sie auf grössere Käufe des neutralen Auslandes in deutschen Werten zurück. Montanpapiere profitierten von der allgemeinen Befestigung am meisten, in erster Linie Phönix-Aktien, die auch weiterhin prozentweise anzogen.

Variable Kurse.

	28. 6.	Heutige Kurse.			
Lombard.	20⅞	—	—	20¾	—
Pr. Henry	263	263	—	260	—
Orientb.	212½	—	—	215	—
Schantg.	122¼	129	—	—	—
Gr. Berl.	123	—	122	—	—
Türk Tab.	412	415	419	—	—
D. Austral.		186½			
Hbg. Pak.	93¼	94	94½	94½	94¾
„ Südam.	149				
Hansa	198½	199	—	200	206½
Ndd. Lloyd	94¾	94½	95	95¼	96
Bismarck	178½	—	179	—	—
Bochumer	183	183	—	184	187
Dt. Luxb.	146	147⅝	—	148	147¾
Gelsenk.	154½	155	156	156½	158
Harpener	158½	158¼	—	160½	164½
Hohenlohe	—	99	—	—	—
Kattowitz	132	133½	—	—	—
Laura	—	149½	—	—	—
Lothr. Htt.	158½	157¼	157	159½	—
Mannesm.	174¼	171	—	172	—
Ob.-Eis.-B.	111	110⅝	—	—	—

	28. 6.	Heutige Kurse.			
O. Eis.-Ind.	[illegible]	26	—	—	—
Phönix	183	185¼	185½	187	189¼
Rhein St.	140	141	—	—	—
Rombach.	147	148	—	—	149
A. f. Anil.	235	239	—	—	241
Bad.	332	331	—	—	—
Elb. Farb.	275	276½	—	276	280
Höchster	291⅞	—	296¾	—	—
A E G	177¾	180¾	180	180½	—
Bergmann	189⅜	188	—	125½	—
Siem. u. H.	161	164	—	164¾	—
Schuckert	122½	—	—	—	—
Felt. Guill.	156½	—	—	—	—
Gb. Böhler.	—	162¼	—	—	—
Dt. Waffen	216¼	216½	217½	218	218¾
Hirsch K.	209	218	219	—	218
V. Köln-R.	176½	180	—	—	—
Orenstein	168½	169	169½	170	171
Rhein. Met.	170	—	—	170	—
Daimler	192	193	—	196	—
Dt. Kali	167½	170½	—	—	170

Kurse Berliner Bankaktien: Commerzbank 116½, Nationalbank 97½, Mitteldeutsche Kreditbank 111, Darmstädter Bank 105¾, Deutsche Bank 186¾, Dresdner Bank 129⅝, Handelsgesellschaft 147¾.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Haltung ausgesprochen fest. Wesentlich höher stellten sich u. a. die Aktien des Neuwalzwerks Bösperde 10 pCt., Gelsenkirchener Gussstahl 10 pCt., Brown Boveri 12 pCt., Gelsenkirchener Bergwerk 12 pCt., Chemische Fabrik v. Heyden 10 pCt., der Porzellanfabrik Hutschenreuther 10 pCt., Exelsior Fahrradwerke 9 und Linke-Hofmann-Werke 5 pCt. Dagegen verloren u. a. die Aktien der Hamburger Mälzerei 6 pCt., Oppelner Portland-Zement-Fabrik 5 und Portland-Zement-Fabrik Marck 5 pCt.

Im freien Verkehr war heute eine grosse Anzahl von Kurserhöhungen zu beobachten. Kolonialpapiere zeigten sehr feste Tendenz, besonders Pomona (950 pCt.), ferner South West und Kaoko-Anteile. Von Petroleumpapieren waren die Aktien der Deutschen Petroleumgesellschaft höher, die übrigen Werte wenig verändert. Stärker begehrt waren Kanada-Shares (327½ pCt.) und Westsizilianische Eisenbahnaktien. Baltimore-Shares gaben dagegen nach. Gesucht waren noch die Aktien der Benz-Ges., angeboten dagegen die der Heldburg Akt.-Ges.

Am Rentenmarkt waren heute Kriegsanleihen stärker begehrt, angeblich auf Käufe zu Steuerzahlungen (78¾), alte deutsche Anleihen waren ebenfalls im Kurse gebessert. 3proz. Reichsanleihe stellte sich heute höher als die 3proz. Konsols. Oesterreichische und ungarische Renten waren bei stillem Geschäft etwas höher. Ausländische Coupons waren abgeschwächt, besonders rumänische und serbische Zinsscheine wurden etwas höher.

Telegraphische Auszahlungen	30. 6. Geld	Brief	28. 6. Geld	Brief	Telegraphische Auszahlungen	30. 6. Geld	Brief	28. 6. Geld	Brief
Holland... G.	535	535½	535	535½	Wien.... Kr.	46.45	46.55	46.45	46.55
Kopenhag. Kr.	321	321½	321	321½	Budapest Kr.	—	—	—	—
Stockholm Kr.	349	349½	349	349½	Konstantinop.				
Christiania Kr.	340	340½	340	340½	T. P	—	—	—	—
Helsingfors..	104¾	105½	104¾	105½	Madrid... Pt	273	274	273	274
Schweiz... Fr.	250	250½	250	250½	Barcelona				

Tägliches Geld war zu etwa 4¼ pCt. angeboten. Geld auf einige Tage mit 4¾ pCt. und darunter.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: i. V. Bruno Stümke-Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: i. V. Dr. phil. Hermann Schönhoff-Friedenau; für die Handelszeitung: i. V. Dr. Adolf Roeder-Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alber. Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Schöneberg. Druck und Verlag Rudolf Mosse in Berlin.